

Herr
Gianni Walther
20 Minuten Luzern
St. Karli-Quai
Postfach 7079
6004 Luzern

Emmenbrücke, 17. Nov. 2017 / fes

Ihre Anfrage vom 28.06.2017, 1433 Uhr per Mail

Sehr geehrter Herr Walther

Gemäss heutiger Mitteilung des Regierungsrates betreffend den Finanzen des Kantons Luzern für die Jahre 2017, 2018 und ff ist auch die Luzerner Polizei betroffen:

- Reduzierte Präsenz
- Tiefere Patrouillendichte
- Längere Bearbeitungszeiten, etc.

Wird die Schuldenbremse ab 2018 nicht gelockert, kommen weitere Massnahmen dazu:

- 2 Patrouillen pro Tag weniger
- Abnehmende Fähigkeit zur Bewältigung besonderer Lagen
- Abbau von Stellen

Im Namen unseres Verbandspräsidenten, Herrn Domenghini, nimmt der Verband der Luzerner Polizei wie folgt Stellung:

- **Was sagt der Verband der Luzerner Polizei zu den geplanten Sparmassnahmen bei der Polizei?**

Der Verband der Luzerner Polizei ist gegen die getroffenen Sparmassnahmen bei der Polizei im 2017, 2018 und folgend. Die Luzerner Polizei ist personell seit Jahren unterdotiert. Vor Jahren wurde ein Unterbestand von 85 Stellen ausgewiesen und es wurde eine Aufstockung von 40 Stellen bewilligt. Die Aufstockung wird mangels Finanzen bereits hinausgezögert. Die Aufgaben für die Polizei sind in der Zwischenzeit aber stetig gestiegen. Es fehlt an allen Ecken und Enden. Nicht nur Personell, auch Materiell bestehen grosse Defizite, wie technische Hilfsmittel zur Bearbeitung von IT-Straftatbeständen, etc.

Nach Auffassung des Verbandes der Luzerner Polizei kann es nicht angehen, dass bei der Polizei eine Reduktion von Polizeileistungen und in der Strafverfolgung umgesetzt werden sollen. Mit letzterem müsste die Polizei auf Weisung der Regierung gegen den im Bundesrecht (Art. 7 StPO) festgelegten Verfolgungszwang verstossen. Welcher Politiker übernimmt dafür die Verantwortung? Wo kann sich der Bürger zu

jeder Tages- und Nachtzeit melden, wenn die Polizei keine Mittel zur Verfügung hat und er dringend Hilfe benötigt? Beim Regierungs- oder Kantonsrat xy?

Die im 2017 geplanten Sparmassnahmen bei der Polizei, massiver Abbau von Überstunden, mag buchhalterisch einen kurzfristigen Effekt haben, aber damit ist es dann auch schon getan.

Die Mitarbeitenden, welche ihre Überzeit abbauen, fehlen bei der täglichen Aufgabenbewältigung, wie Präsenz, Kontrollen, Interventionen, Sachbearbeitungen etc. Für die Überstunden abbauenden Mitarbeitenden müssen die anderen im Dienst stehenden Überstunden leisten, um die anfallenden Aufgaben erledigen zu können. Die Katze beisst sich in den eigenen Schwanz. Das Problem der anhäufenden Überstunden kann nur mit mehr Polizeipersonal begegnet werden.

Die Auswirkungen im 2017 mögen im ersten Augenblick noch als verträglich angesehen werden, sind aber nur der Anfang von einem massiven Abbau von polizeilichen Leistungen. Die Luzerner Polizei hat bereits heute nur eine knapp genügende Anzahl Patrouillen im Dienst. Werden da noch 1 – 2 Patrouillen weggelassen, fehlen diese bei der täglichen Bewältigung von Ereignissen. Dies hat zur Folge, dass die Interventionszeiten stark ansteigen und der Bürger deshalb länger auf die polizeiliche Hilfe warten muss. Bei gewissen Straftatbeständen (Übertretungen wie Nachtruhestörung, etc.) wird keine Patrouille mehr vor Ort kommen. Der Bürger wird angewiesen, beim nächsten zuständigen Polizeiposten, sofern dieser dann geöffnet ist, eine entsprechende Anzeige zu erstatten.

Fehlt die uniformierte Polizeipräsenz als präventive Massnahme, nimmt die Delinquenz unweigerlich zu. Schon heute ist nach Auffassung des Verbandes die Luzerner Polizei nicht mehr in der Lage, im ganzen Kantonsgebiet die notwendige Präsenz zu leisten. Nimmt die Kriminalität zu, wird sich dies auch auf die Kriminalpolizei wie die Staatsanwaltschaft auswirken.

Die Öffnungszeiten der Polizeiposten wurden vor Jahren schon stark reduziert (Mo./Mi./Fr., 1000-1200 Uhr und 1600-1800 Uhr). Die restliche Zeit sind diese geschlossen. Nur die Hauptposten (Horw, Ebikon, Hochdorf, Sursee, Willisau, Schüpfheim) waren täglich geöffnet. Jetzt werden diese übers Wochenende ebenfalls geschlossen. Wo und wie kann der Bürger, welcher zu Bürozeiten nicht vorsprechen kann, seine Anliegen (Anzeigestellung, Verlustmeldung, Diebstahlsanzeige, etc.) deponieren?

Die für das Jahr 2018 und folgende vorgesehenen Sparmassnahmen, Verschiebung der bereits bewilligten Stellenaufstockung, zusätzlicher Abbau von bis zu 19 Polizeistellen, Reduktion von 2 weiteren Polizeipatrouillen, etc. verschärft alles noch mehr. Noch längere Interventionszeiten, noch weniger präventive Polizeipräsenz, längere Bearbeitungszeiten von Straffällen, drohende Verfolgungsverjährung, etc. Es wird dann auch öfters vorkommen, dass keine Polizeipatrouille mehr vor Ort kommt, ausser es handelt sich um ein Verbrechen oder Vergehen. Und die Kriminalität steigt weiter, Statistik hin oder her.

Die Kriminalstatistik zeigt zwar auf, dass die Anzahl der angezeigten Delikte leicht zurückgegangen ist. Es handelt sich hier aber um eine Helfeldstatistik, welche keine Aussagen zur Komplexität der einzelnen Strafverfahren oder zur Dunkelziffer zulässt. Für einen erheblichen Teil der fehlenden personellen Ressourcen ist aus Sicht des Verbandes der Luzerner Polizei die geltende Strafprozessordnung mitverantwortlich, welche die Strafverfahren verkompliziert, die Beweismittelerhebung erschwert und den Formalismus fördert. Dadurch sind die einzelnen Strafverfahren massiv aufwändiger und kostenintensiver. Aus diesen Gründen können viele der Polizei bekannte Straftaten nicht bzw. nicht im erforderlichen Rahmen verfolgt werden.

- **Was bedeutet der Abbau für die Luzerner Polizei? Stösst das Korps nicht an seine Grenzen?**

Die Luzerner Polizei wird von der Politik daran gehindert, ihren gesetzlichen Auftrag zu erfüllen. Die notwendigen personellen wie materiellen Mittel sind bekannt, werden aber trotz aller Versprechen von der Politik nicht umgesetzt!

Die Polizei wird in Zukunft nicht mehr in der Lage sein, ihre Aufgaben entsprechend zu bewältigen. Das Korps stösst noch mehr an seine Grenzen. Bereits heute ist die Polizei kaum mehr in der Lage, den Drogenhandel, den Menschenhandel, die Vermögensdelikte (Einbrüche, Diebstähle, Internetdelikte) und die Wirtschaftsdelikte mit der nötigen Intensität, mangels Personal und Mittel, zu bekämpfen. Es muss noch mehr priorisiert werden und vieles kann deshalb nicht mehr bearbeitet werden, Tendenz stark steigend!

- **Was heisst das für die Sicherheit im Kanton Luzern?**

Wie oben erwähnt, nimmt die uniformierte Polizeipräsenz ab, nimmt die Delinquenz entsprechend zu. Nicht nur der normale, unbescholtene Bürger bemerkt die fehlende Polizeipräsenz, die kriminellen Personen ebenfalls und diese werden dies auch zu nutzen wissen.

Die polizeiliche Versorgung in den Randgebieten ist heute schon minimal und wird sich künftig verschlechtern. Selbst die Hotspots in den urbanen Gebieten können nicht mehr mit der nötigen Intensität, wie präventive Präsenz, Intervention, Kriminalitätsbekämpfung, bewirtschaftet werden. Dies hat dann zur Folge, dass die Kriminalität zunehmen und das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung abnehmen wird. Die Touristenstadt Luzern wird daran keine Freude haben, wenn dann auch die Touristen und deren Geld ausbleiben werden.

- **Die Luzerner Polizei könnte je nach Ausgang eine abnehmende Fähigkeit zur Bewältigung besonderer Lagen haben. Wie beurteilen Sie dies?**

Die Luzerner Polizei ist bereits heute fast nicht mehr in der Lage, eine besondere, spontane Lage, welche Personal- und Zeitintensiv ist, zu bewältigen. Beginnt die besondere, spontane Lage Tagsüber, kann sie dies noch knapp gewährleisten. Beginnt diese aber nachts, ist sie faktisch nicht in der Lage, adäquat zu handeln. Dies mangels personeller Ressourcen.

Die Polizei ist mehrheitlich nur noch knapp in der Lage, solche besonderen, spontanen Lagen abzuarbeiten. Eine spontane, unbewilligte Demonstration kann die Polizei maximal noch begleiten, ein Verhindern oder Auflösen einer solchen ist nicht möglich, selbst einzelne Festnahmen nicht. Dies mangels Personal und weil es für die wenigen Polizisten einfach zu gefährlich ist.

- **Die Prognosen für die kommenden Jahre sehen ebenfalls nicht rosig aus. Per 2019 braucht es laut Regierung in jedem Fall wieder ein Sparpaket. Wie sieht der Verband der Luzerner Polizei die Zukunft für die Polizeiarbeit?**

Sollte bei der Polizei weiter gespart werden, wird diese nicht mehr in der Lage sein, das normale Tagesgeschäft nur annähernd zufriedenstellend zu erledigen. Wird nicht in die Sicherheit des Kantons Luzern, sprich Polizei, investiert, wird man die Quittung dafür erhalten, erhöhte Kriminalität, mehr Verkehrsunfälle mit Schwerstverletzten und

Toten, Selbstjustiz von Bürgern (Bürgerwehren) und anderes. Um dies dann wieder zu korrigieren, müssen mehr Mittel ausgegeben werden, als jetzt eingespart werden.

Die Polizei wird sich in Zukunft des Öfteren bei Straftatbeständen, wie Raufhandel, Massenschlägereien, spontane unbewilligte Demonstrationen zurückziehen müssen, da die personellen Mittel fehlen und eine Intervention für die Polizei zu gefährlich sein wird. Es kann nicht sein, dass die Polizistinnen und Polizisten ihre Gesundheit, ihr Leben für die bürgerliche Sparpolitik aufs Spiel setzen müssen!

Die Politik hat es im Vorfeld der Abstimmung unterlassen, die Bürgerinnen und Bürgern über die Folgen und Konsequenzen korrekt zu informieren. Nun hat die Politik den Salat. Das macht den Anschein, als ob die Politik lieber tiefere Steuern statt Sicherheit für ihre Bürgerinnen und Bürger will. Sicherheit gleich Wohlstand, Wohlstand gleich Steuerertrag!

Freundliche Grüsse

Felder Stefan
Vize-Präsident